

Zur Zukunft der Parteien in Deutschland

# Macht und Mehrheiten

**Heinrich Oberreuter**

Zunächst ist die CDU vor einer allzu beruhigenden Interpretation des Wahlergebnisses in Schleswig-Holstein zu warnen. Man muss dieses Ergebnis nüchtern analysieren, so verblüffend es für viele Beobachter auch gewesen ist. Es ist ratsam, es vor dem Hintergrund der politischen Situation, die wir noch im November und Dezember 1999 hatten, zu interpretieren, als es für die CDU eine konkrete Chance zum Machtwechsel in diesem Bundesland gab. Angesichts dieser Perspektive reißt ein 35-Prozent-Ergebnis niemanden vom Hocker. Beruhigung herrscht allerdings darüber, dass die Union offensichtlich nicht den Weg der italienischen Democrazia Cristiana geht.

Die CDU ist mit diesem Wahlergebnis dort wieder angekommen, wo sie im September 1998 bei der Bundestagswahl schon einmal war. Damals nach der Wahlniederlage wurde vielfach die Frage gestellt, wohin der Weg der Union gehe. Würde er zurückführen zu alten Höhen als großer bürgerlicher Integrationspartei der rechten Mitte, oder würde der Weg sich weiter in Richtung einer Zwanzig-Prozent-Partei wenden, die ihre integrierende Kraft verliert? Die Antwort ist durch eine Reihe von Wahlsiegen relativ schnell in positiver Weise gegeben worden. Aber wir würden uns ein bisschen in die Tasche lügen, wenn wir meinten, diesen „Überraschungserfolg“ verdanke die

CDU der ungebrochenen programmatischen Ausstrahlung der CDU. Man darf bei der politischen Entwicklung im letzten Jahr, die zu den überraschenden Wahlergebnissen zu ihren Gunsten geführt hat, nicht übersehen, dass wir es in Bonn beziehungsweise Berlin mit einer Regierung zu tun hatten, die weidlich nachgewiesen hat, dass ihre politische Kompetenz kaum erkennbar und ihr Politikmanagement nicht sehr professionell war.

Zu warnen bleibt also vor einer Fehlinterpretation der Ereignisse angesichts der Erleichterung über den Wahlausgang und der Verblüffung über die Vernunft der Wähler, die nicht nach extrem rechts oder links ausgebrochen sind. Dass die Wahlbeteiligung gegenüber früheren Wahlen nicht stark zurückgegangen ist, zeugt von der politischen Reife der Wähler. Dies alles kann uns als Demokraten beruhigen. Ob dies allerdings auch die CDU-Anhänger ganz beruhigen kann, bleibt zu bezweifeln.

Zudem ist darauf aufmerksam zu machen, dass die Krise, über die wir im Augenblick reden, ja keine Augenblickskrise ist. Wir stehen seit etwa eineinhalb bis zwei Jahrzehnten vor der Situation eines schleichenden und man könnte eigentlich sogar sagen dramatischen Vertrauensentzugs, den die Parteien bei den Wählern erleben. Es hat sich das Vertrauen in die politischen Parteien

zwischen der Mitte der achtziger Jahre und heute mehr als halbiert. Das kann man nicht nur erklären mit dem traditionellen Anti-Parteien-Affekt, das muss man selbstverständlich auch erklären mit konkreten Leistungen und Fehlleistungen, mit Weichenstellungen und Entgleisungen, die in diesen Jahrzehnten passiert sind. Jene millionenschweren Vorgänge in der Schweiz fallen in die Zeit, in der politische Führungspotentaten wegen der Flick-Affäre noch auf der Anklagebank saßen.

Eigentlich war die Führungsfrage der CDU nach der Wahlniederlage 1998 gelöst, und zwar auf eine überzeugende Weise. Das Führungsduo Schäuble/Merkel, das nach Kohl ins Amt gehoben worden ist, war meines Erachtens kompetent und vertrauenswürdig. Es ist nicht sicher, ob das, was jetzt passiert, der Union wirklich weiterhilft, die nämlich ein Stück weit enthauptet worden ist, und man weiß ja im Augenblick noch nicht, was an Häuptionern noch alles rollt angesichts der Tatsache, dass der Gerichtshof der öffentlichen Meinung bei aller Personalisierung der Politik ja heute schon die Urteile spricht, bevor die Sachaufklärung überhaupt gelaufen ist. Das „überzeugendste“ Medien- und Politikkonzept in diesen Tagen scheint zu sein, Köpfe rollen zu sehen. Die Frage nach der Art und Weise der politischen Willensbildung in der Fernsehdemokratie muss gestellt werden.

Vor wenigen Wochen gab es noch Feuilletons, in denen die Union dafür bewundert wurde, dass sie die Führungsgeneration der Vierzigjährigen präsentieren könne. Heute haben die Nachwuchsleute teilweise ernste Probleme. Ähnlich wie in Weimar, als es einzelne Kabinettsmitglieder traf, schießt man gegenwärtig die Nachwuchstalente aus der Führungsriege der Union heraus, mit munteren Attacken, deren Berechtigung nicht

immer gänzlich ersichtlich ist. Ich bin neulich ins Fernsehstudio gegangen und habe mir die Frage vorgelegt: „Wenn die mich jetzt fragen: Was hat der Koch eigentlich verbraucht mit seiner berühmten ‚Lüge‘?“ Ich werde denen sagen: „Das kann man nicht so ohne weiteres erklären, und ich bin mir überhaupt nicht sicher, ob es ein Verbrechen gewesen ist. Es war vielleicht ein Stilproblem.“

Wenn wir über die Rolle der Medien in dieser Situation nachdenken, dann bitte nicht nur darüber, ob sie einen Beitrag zur Aufklärung geleistet haben neben der Augsburger Staatsanwaltschaft, sondern ob sie wirklich auch die Bürger aufgeklärt haben im Sinne der Herstellung von Transparenz, der Erklärung und rationalen Einordnung der tatsächlichen Vorkommnisse. Mein Eindruck ist, dass dieselben Millionen Schwarzgeld von den Medien mehrfach ausgegeben worden sind. Sie sind erst einmal skandalisiert worden als unsittliche Einnahme, dann sind die unsittlichen Transportwege kritisiert worden, und schließlich sind sie als unsittliche Ausgaben angeprangert worden. Es waren aber immer die gleichen Gelder.

In der aktuellen Diskussion ist eine Menge Heuchelei unterwegs. Glaubt wirklich jemand, es ginge in dieser Auseinandersetzung um hehre moralische Motive? Ich setze hart dagegen, es geht, und das ist ganz legitim, um Macht und Mehrheiten. Und der gegenwärtigen Berliner Regierung wäre ja wirklich nicht zu helfen, wenn sie die Steilvorlage, die ihr die Union gegeben hat, nicht ausnutzen würde, um ihre Position zu festigen. Das tut sie auch ganz ordentlich. Sie hat sogar ein bisschen angefangen zu regieren, befreit von jeglicher Opposition.

Das führt zu der Frage, was eigentlich mit der Kompetenz von Leuten in der zweiten Reihe der Unionsfraktion ist. Wenn die in

**Macht und Mehrheiten**

der ersten Reihe gefesselt sind von einer Krise und einem Skandal, dann wäre doch von der zweiten Reihe zu erwarten, dass er seine Kompetenz mobilisiert (so ersie denn hat) und wacker in die Bresche springt. Und wenn Schäuble „verbaumeistert“ ist, müssen schlicht und einfach andere Leute die Diskussion führen und die Entlastungsangriffe fahren gegen die Politikgestaltung der Regierung.

**Macht und Mehrheiten**

Also der SPD und den Grünen geht es selbstverständlich um Macht und Mehrheiten. Glaubt man wirklich, dass es der FDP in Hessen um die Moral geht? Es ist naiv zu glauben, der Union ginge es nur um die politische Neuorientierung. Die innerparteiliche Diskussion um die Führung ist mittlerweile längst wieder angekommen bei Sozial-, Regional- und Geschlechterproporz. Dies sind Orientierungen, die für das Innenleben einer Partei bedeutsam sein mögen, die aber überhaupt nicht weiterhelfen bei der Frage nach der öffentlichen Funktion, die politische Parteien haben und die in Deutschland in aller Regel sowieso übersehen wird. Deren eigentliche Aufgabe ist: den Staat zu managen, zu regieren und politikfähig zu sein, gleich ob in einer Regierungsfunktion oder in einer Oppositionsrolle.

Man kann natürlich die aktuelle Diskussion nicht verstehen ohne den traditionellen Anti-Parteien-Affekt in Deutschland. So stammt der Satz mit vermeintlich aktuellem politischen Bezug „Die Partei ist heute die bestgehasste Erscheinung unseres öffentlichen Lebens“ aus dem Jahr 1932 (Hans Liermann). Auch ein weiteres Zitat aus der Endphase der Weimarer Republik verdeutlicht diese Geringschätzung und Ausgrenzung, in dem Heinrich Triepel die Partei de-

finiert als „eine extrakonstitutionelle Erscheinung, ihre Beschlüsse sind unverbindliche und unmaßgebliche Äußerungen eines dem Staatsorganismus fremden sozialen Körpers“. Diese Äußerungen beschreiben den historischen und verfassungspolitischen Bogen, den wir in Deutschland beschritten haben seit Bismarcks erhellender Formulierung von 1884: „Die Parteien sind der Verderb unserer Verfassung und unserer Zukunft.“ Das war unser Ausgangspunkt, und es scheint so, als ob die deutsche Öffentlichkeit weithin nichts dazugelernt hätte. Parteien haben angeblich mit dem Staat überhaupt nichts zu tun. Schauen wir ins Grundgesetz. Dort lesen wir gegen die Tradition: „Die Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes mit.“

Schaut man in das von den Parteien in der Bundesrepublik beschlossene Parteiengesetz, so finden wir hier eine extensive Auslegung ihrer Rolle in Staat und Gesellschaft. Sie selbst haben sich eine Fülle von Aufgaben zugeschrieben, die natürlich auch hohe Ausgaben rechtfertigen. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat einen verdienstvollen Beitrag zur Klärung dieser Frage geleistet. Die Richter haben erklärt, dass es sich dabei über weite Strecken um Aufgaben handle, die die Parteien zwar wahrnehmen könnten, aber nicht müssten. Karlsruhe hat auch deutlich gemacht, was die politischen Kernaufgaben der Parteien sind, nämlich: die programmatische Alternative, die personelle Alternative und die Kommunikation mit der Öffentlichkeit.

Nicht zum Kernbereich der Parteienfunktionen gehört das inzwischen weidlich beklagte Phänomen, die Gesellschaft mit ihrem Einfluss zu „durchfasern“, mit ihrem Personalangebot zu durchdringen und Allkompetenz zu demonstrieren. Die Schul-

rektoren parteipolitisch zu bestimmen erinnert fast an Österreich, wo man in keinem Ministerium Putzfrau werden konnte, ohne das rote oder das schwarze Parteibuch zu besitzen. Dieses Anziehziehen von gesellschaftlicher Macht hat die Entwicklung der Parteien zu Dienstleistungsorganisationen befördert.

Bei aller Kritik darf man aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, denn all das, was so heftig kritisiert wird an diesen parteilichen Entwicklungen, hat natürlich auch etwas mit dem verzweifelten Versuch der Parteien zu tun, die Distanz zur Gesellschaft abzubauen. Für politische Institutionen wie die Parteien, deren wichtigste Funktion eigentlich ist, Gesellschaft und Staat funktional miteinander zu verbinden und quasi im Auftrag der Gesellschaft zu regieren, ist es natürlich ganz wesentlich, gesellschaftlich verankert zu sein und zu bleiben. Parteien holen die Leute dort ab, wo sie sind. Wir sollten auch nicht immer über die Probleme von Parteien reden, sondern müssen auch ein bisschen über die politische Öffentlichkeit und die Bürger reden und uns fragen, woran diese eigentlich interessiert sind. Wenn es denn so ist, dass die Bürger mehr daran interessiert sind, Betriebsausflüge mit der Partei zu machen, als an der politischen Willensbildung teilzunehmen, dann haben wir nicht nur ein Parteienproblem, dann haben wir auch ein Bürgerproblem.

In der verfassungspolitischen Diskussion kommen gegenwärtig altbekannte Vorschläge und Forderungen auf den Tisch, die längst ad acta gelegt wurden, an die man sich in der aktuellen Krisensituation aber wieder erinnert. So reden wir also im Augenblick wieder über verstärkte plebiszitäre Elemente in der Demokratie. Über die kann man reden, ganz unabhängig von der Parteienkrise. Man muss sich aber dann auch

die Frage gefallen lassen, ob dies wirklich zu einer rationaleren Form der politischen Willensbildung und kompetenteren politischen Entscheidungen führt. Man muss zumindest darüber reden, auch über die Forderung nach einer Begrenzung der Amtszeit von Mandatsträgern. Kennen die Politiker und ihre Kritiker das politische System wirklich so wenig, dass sie glauben, Parteien als freien gesellschaftlichen Vereinigungen vorschreiben zu können, für wie lange sie ihre Vorsitzenden zu wählen haben? Als ob man den Parteien und ihren Mitgliedern nicht überlassen dürfte, darüber selbst zu befinden, wann sie ihrer Vorsitzenden überdrüssig sind.

Man beachte einmal die Amtszeiten unserer Bundeskanzler, die ja nach Meinung mancher Analytiker unbedingt auf zwei Amtsperioden beschränkt werden sollen. Man scheint überhaupt nicht daran zu denken, dass Kanzler eingebunden sind in Fraktionen und Parteiorganisationen, in denen normalerweise ein ungeheures Kontrollpotenzial freigesetzt wird, das zusammen mit dem Instinkt und den Interessen der Wähler Amtszeiten ohnehin begrenzt. So hatten wir Ludwig Erhard mit drei Jahren Amtszeit, Kiesinger mit zwei, Brandt mit vier, Helmut Schmidt mit acht Jahren, da sind wir bei der kritischen Masse angekommen. Nur zwei Kanzler dieser Republik, Konrad Adenauer und Helmut Kohl, würden überhaupt unter eine solche Regelung fallen, wie sie augenblicklich diskutiert wird. Wie kraftvoll könnte ein Kanzler überhaupt regieren, der sich zeitlich dieser Guillotine nähert? Welche Einladung liegt in einer solchen Regel, Koalitionskrisen zu inszenieren?

Wäre es historisch betrachtet sinnvoll gewesen, den „Alten“ nach acht Jahren in die Wüste zu schicken und auch seinen „Enkel“

schon nach acht Amtsjahren zu pensionieren? Wie wären die Vereinigungs- und die Europäisierungsprozesse in dieser Republik gelaufen, wenn 1990/91 nicht Helmut Kohl regiert hätte, sondern Oskar Lafontaine? Lassen wir doch bitte die Parteien und die Wähler selbst bestimmen, wen sie ins Amt bringen wollen, um ihre Probleme zu lösen.

Wir sollten nicht immer nur nach der Einflussmacht der Parteien fragen, sondern uns auch um die Gestaltungsmacht der Parteien kümmern. So stehen wir vor der Herausforderung der Globalisierung, die wir nur mit hoher Führungskompetenz bestehen können. Die Parteien mit ihrem begrenzten Personalangebot finden ihre Wähler aber nicht in globalen Netzen, sondern in der Region und im lokalen Raum. Der Kandidat oder Abgeordnete, der seinen Wählern versichert, er sei hochkompetent in der Lösung globaler Probleme, wird kaum Anerkennung finden, weil lokalen Fragen an der Basis mehr Gewicht beigemessen wird. Aber wir brauchen unbedingt ein politisches Personal für die Zukunft mit hoher Gestaltungskompetenz auch für globale Fragen. Beim zu beobachtenden Wertewandel und der fortschreitenden Individualisierung unserer Gesellschaft haben alle Parteien ihre besonderen Probleme.

Wir könnten vor der Frage stehen, die überhaupt nichts mit der CDU zu tun hat, ob die politische Partei als Organisationsform des neunzehnten Jahrhunderts noch angemessen ist für die Probleme der Mitgliedsammlung und Politikgestaltung im 21. Jahrhundert. Einfach deswegen, weil die kollektiv organisierbaren Interessen nicht mehr da sind und alles in Lebensstile zerfällt.

Schließlich, wie kommen eigentlich die Parteien zurecht mit der Tatsache, dass die Fernsehdemokratie ihnen die politische Tagesordnung streitig macht? Wer setzt die großen Themen in diesem Land? Wer bestimmt, nach welchem *Mainstream* diese Themen diskutierbar sind und im Sinne der *political correctness* auch diskutiert werden dürfen?

---

### Bürgerliche Lethargie

---

Die größte Herausforderung in diesem Lande ist die Lethargie der Bundesbürger. Wenn diese sich im Fernsehsessel „räkeln“, in der linken Hand das Bierglas und in der rechten die Salzbrezel, und gucken, wie sich die Politiker am Trapez abkämpfen, um dann hinterher Noten für den technischen Gehalt und den künstlerischen Eindruck zu vergeben, dann deutet das hin auf einen Mangel an Bereitschaft zur politischen Beteiligung. Aufstehen und selbst etwas tun ist nicht angesagt. Dieselben Leute, die für alles Plebiszite fordern, setzen bei einschlägigen Befragungen das politische Engagement an die vorletzte Stelle ihrer eigenen Werteordnung. Das gehört zu den unaufhebbaren Widersprüchen in unserer Gesellschaft. Selbstverantwortung wird in dieser Gesellschaft einfach übersetzt mit „Entfaltungsfreiheit“, aber so gut wie gar nicht mit „Einstehen für sich selbst“, auch was die materiellen Dimensionen der sozialen Sicherheit betrifft.

Die Zukunftsprobleme, vor denen alle Parteien stehen, werden durch Krisen und Diskussionen wie diese nur überdeckt. Es wird allerhöchste Zeit, dass wir zur eigentlichen Tagesordnung der Zukunft zurückkehren.